

Kopie z.K.:
 Minister Troendle,
 Ba, Pro, B, Mi.

Bern, den 11. Februar 1952.
 jH

Mi. D. 890.0.R.
 Wirtschaftsverhandlungen
 mit Ostdeutschland.

A k t e n - N o t i z

Über die Besprechung der ständigen Wirtschafts-
 delegation vom 8. Februar 1952, vormittags 9⁰⁰ h.

Anwesend HH: Minister Hotz, Minister Zehnder,
 Dr. Homberger, Legationsrat König,
 Fürspr. Marti.

Herr Minister Hotz

weist einleitend darauf hin, dass die Frage der vom Eidg. Poli-
 tischen Departement auf Ende Februar vorgesehenen Verhandlungen
 in Berlin vor allem wegen des West-Ost-Handels einer sorgfältigen
 Ueberprüfung bedürfe. Gegen Sonderbesprechungen betreffend
 Rechtsschutzfragen durch das Politische Departement bestünden
 natürlich seitens der Handelsabteilung keinerlei Bedenken. Wirt-
 schaftlich bestünde jedoch kein Bedürfnis für ein Handelsab-
 kommen.

Herr Minister Zehnder:

Die ostdeutsche Regierung beabsichtigt zweifellos, auf dem Wege
 der vorgesehenen Verhandlungen zu einer Art Anerkennung durch
 die Schweiz zu kommen. Dagegen bestehen nach wie vor politische
 Bedenken. Die Verzögerungstaktik brachte das Politische Departe-
 ment zum Schluss in eine gewisse Verlegenheit im Hinblick auf die
 Wahrung der Interessen der ca. 5000 Auslandsschweizer und der
 nicht unerheblichen privaten schweizerischen Vermögensinteressen
 in Ostdeutschland. Der Departementschef entschied Ende 1951,
 dass das Primat doch den Rechtsschutzinteressen zukomme. Die Ent-
 scheidungen hinsichtlich der Aufnahme von Verhandlungen im
 Februar wurden im Einvernehmen mit der Handelsabteilung getroffen.

Es wäre zu begrüßen, wenn die Rechtsschutzfragen nicht allein,
 sondern gemeinsam mit Handelsvertragsverhandlungen vorgebracht
 werden könnten. Voraussichtlich wird die ostdeutsche Regierung
 die schweizerischen Wünsche nicht erfüllen; ein Abbruch auf
 "freundschaftlicher" Basis ist im Grunde genommen das beste,
 was unter Umständen erreicht werden kann.

Wenn lediglich auf politischem Boden verhandelt wird, so werden
 ostdeutscherseits von vornherein die Gegenforderungen gestellt.



Wäre es unter Umständen nicht möglich, durch die Einräumung einer gewissen Devisenspitze dem Verhandlungspartner handelspolitisch eine Konzession zu gewähren, um für Rechtsschutzfragen eine gewisse Plattform zu schaffen.

Herr Dr. Homberger:

Ostdeutschland ist kein Objekt für Wirtschaftsverhandlungen, trotzdem der Verkehr mit diesem Lande durchaus nicht als ein "non valeur" anzusehen ist. Es ist erfreulich, dass sich der Verkehr auch unter dem vertragslosen Zustand intensiviert hat.

Einfuhren in 1000 R

Ausfuhren in 1000 R

28,3	1948	3,4
15,6	1949	6,9
13,2	1950	14,1
26,4	1951	22,5

Es ist nicht zu verwundern, dass z.B. die Schweizerische Gesellschaft für chemische Industrie brieflich den Vorort beauftragt, es sei das bisherige de facto-Regime aufrecht zu erhalten, was sich als weit günstiger erweise als eine formelle Clearingregelung.

Neben der materiellen Beurteilung muss das Problem auch unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen Handelspolitik geprüft werden. Die Aufnahme von offiziellen Wirtschaftsverhandlungen, welche von der DDR sicherlich schon mit Begleitmusik kommentiert wird, würde uns vom Standpunkt des West-Ost-Handels aus belasten. Eine Verhandlungsdelegation zu entsenden, lediglich zum Zweck, ein negatives Resultat herbeizuführen, ist eine halbbrecherische Sache.

In der Tat ist es jedoch angesichts des fait accompli nicht leicht, sich aus der Affaire zu ziehen. Eventuell könnte ja eine Lösung darin gefunden werden, dass keine eigentliche Wirtschaftsdelegation nach Berlin reist, sondern lediglich ein Vertreter der Handelsabteilung die Delegation des Politischen Departements begleitet, um nebenbei die Warenfragen zu besprechen. Nachdem Herr Bauer bereits als Delegationschef dem Aussenhandelsministerium gegenüber bezeichnet worden ist, liegt es nahe, dass er nach Berlin fahren würde. Es würde sich dabei um informatorische Besprechungen handeln, um den status quo irgendwie festzuhalten.

Zum Schluss weist Herr Dr. Homberger noch auf das Verhältnis mit China hin, wo sich ebenfalls Rechtsschutzprobleme stellen. Falls man à tout prix mit Ostdeutschland zu einer Verständigung zu kommen sucht, muss man auch mit China eine analoge Regelung treffen.

Herr Legationsrat König

weist darauf hin, dass nach einer telephonischen Mitteilung der Delegation in Berlin sich unter Umständen eine weitere Verzögerung der Aufnahme der Verhandlungen dadurch ergäbe, weil gegen den ostdeutschen Betrieb der Sapt ein Schauprozess auf Weisung der sowjetischen Kontrollkommission stattfinden soll. Man könnte ja

- 3 -

einwenden, dass man schweizerischerseits nicht daran denke, die Verhandlungen aufzunehmen, so lange der Prozess nicht fallen gelassen werde.

Herr Minister Hotz:

bemerkt, dass mit der vorgeschlagenen Lösung dem Politischen Departement geholfen sei. Es würde sich also darum handeln, eine Zweierdelegation als "mission d'exploration" nach Berlin zu entsenden, sobald die formelle Schwierigkeit wegen des Schauprozesses durch das Politische Departement bereinigt ist. Je nach der weiteren Entwicklung des Problems des West-Ost-Handels, welches unter Umständen demnächst wieder in eine kritische Phase eintreten könnte, muss die Angelegenheit im gegebenen Zeitpunkt noch abschliessend geprüft werden.

Auf den Einwand von Herrn Dr. Homberger hin, es könnte lediglich durch die Tatsache des Abschlusses einer neuen Vereinbarung die Kompensationsregelung beeinträchtigt werden, erwiderte Herr Minister Hotz, dass dieses Risiko in Kauf genommen werden könnte.

Der Unterzeichnete wird beauftragt, Herrn Minister Dr. Troendle und Herrn Bauer zu unterrichten.

sig. Marti